

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte.

Am 18. September hat unsere Fraktion das Thema „In Zeiten großer Herausforderungen bauen wir Hamburgs Zukunft: Mehr als acht Milliarden Euro für moderne und barrierefreie Schulen, Hochschulen, Sportanlagen und soziale Infrastruktur“ zur Debatte in der Aktuellen Stunde angemeldet.

Seit 2011 wurden bereits rund fünf Milliarden Euro in den Neubau und die Sanierung von Schulgebäuden investiert. Bis 2028 sollen weitere 2,6 Milliarden Euro folgen, um Hamburgs Schulen zukunftssicher zu machen. Zudem fließen erhebliche Mittel in die Modernisierung von Hochschulen und den Ausbau der Sportinfrastruktur.

Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Wünsche und Fragen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre
Regina Jäck

Save the Date:

**Nächste
Bürgerschafts-**

**Infostand in
Bramfeld:**

**Berlinfahrt am 7.
Dezember**

Gemeinsam mit meiner Kollegin Astrid Hennies lade ich am 7.12. herzlich zu einer Tagesfahrt nach Berlin ein. Neben einem Besuch des Bundestags und politischen Gesprächen bleibt noch Zeit für einen Bummel durch das weihnachtliche Berlin.

Weitere Infos unter buero@regina-jaeck.de

**Sitzung am 2.
Oktober ab 13.30
Uhr**

Unter der Seite [Bürgerschaft Live - Hamburgische Bürgerschaft - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

**27. September
2024,
10-12 Uhr**

Was sind Ihre Themen und Fragen?

Treffen Sie mich und meinen Bürgerschaftskollegen Lars Pochnicht am Infostand auf dem Bramfelder Marktplatz.

Wir freuen uns auf Sie.

Bildungsorte, Wissenschaft, Sportanlagen: "Wir investieren über acht Milliarden Euro in Hamburgs Zukunft"

Am 18. September haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft über die Zukunftsinvestitionen von mehr als acht Milliarden Euro debattiert, mit der die Stadt in den nächsten Jahren Bildung, Wissenschaft, Sport und soziale Infrastruktur weiter ausbaut. Unsere Fraktion das Thema unter dem Titel „In Zeiten großer Herausforderungen bauen wir Hamburgs Zukunft: Mehr als acht Milliarden Euro für moderne Schulen, Hochschulen, Sportanlagen und soziale Infrastruktur“ zur Aktuellen Stunde angemeldet.

Seit 2011 wurden bereits rund fünf Milliarden Euro in den Neubau und die Sanierung von Schulgebäuden investiert. Bis 2028 sollen weitere 2,6

Milliarden Euro folgen, um Hamburgs Schulen zukunftssicher zu machen. Zudem fließen erhebliche Mittel in die Modernisierung von Hochschulen und den Ausbau der Sportinfrastruktur.

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Während andere nur reden, handeln wir für Hamburg. Unsere Investitionen in die Bildungs-, Wissenschafts- und Sportinfrastruktur sind bundesweit einzigartig. Mit Investitionen von mehr als acht Milliarden Euro werden wir in den kommenden Jahren massiv in diese für unsere Stadt so wichtigen Bereiche investieren. Unser Gebäude- und Anlagen- Investitionsprogramm hat seit 2011 neue Rahmenbedingungen für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Sport in unserer Stadt geschaffen.

Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch in herausfordernden Zeiten fortsetzen. Jedes Jahr fließen rund 500 Millionen Euro in die Sanierung und den Bau moderner Schulen. Schulgebäude sind nicht nur Lernorte, sondern auch Orte des sozialen Miteinanders.

Auch die berufliche Bildung stärken wir gezielt, indem wir fast 850 Millionen Euro in den Neubau und die Sanierung von berufsbildenden Schulen investieren. Hamburgs Wissenschaftslandschaft profitiert ebenso von umfangreichen Investitionen.

Mit über 1,5 Milliarden Euro haben wir bereits kräftig in den Hochschulbau investiert, um moderne Lern- und Arbeitsumgebungen für Studierende und Lehrende zu schaffen – ein klares Bekenntnis zu Spitzenforschung und exzellenter Lehre.

Bis 2025 fließen über 1,35 Milliarden Euro in die Sportinfrastruktur, darunter rund 100 neue Kunstrasenplätze und zahlreiche sanierte Sporthallen. Gleichzeitig schaffen wir mit dem Modulbau zusätzliche Perspektiven für neue und bezahlbare Gebäude für Sportvereine und soziale Einrichtungen.

Diese Investitionen sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unserer Stadt. Dass dies gelingt, ist dem gemeinsamen Engagement und Verständnis vieler Menschen aus Wirtschaft, Verwaltung, Vereinen, Schulen und der Elternschaft in unserer Stadt zu verdanken. Gemeinsam gestalten wir Hamburgs Zukunft.“

Care Leaver: Rot-Grün für mehr Hilfen beim Schritt aus der Jugendhilfe

Wir setzen wir uns für eine bessere Unterstützung von jungen Menschen bei ihrem Weg aus der stationären Jugendhilfe in die Selbstständigkeit ein. Unser Antrag sieht vor, dass im Rahmen einer Fachtagung die konkreten Bedarfe der sogenannten Care Leaver zusammengetragen und perspektivisch in zielführende Maßnahmen übersetzt werden. Zudem soll die Aufmerksamkeit für die herausfordernde Situation dieser Gruppe junger Menschen erhöht werden.

Dazu Uwe Lohmann, unser Fachsprecher Familie, Kinder und Jugend: „Junge Menschen aus stationärer Jugendhilfe haben es auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit oft schwerer als Gleichaltrige mit familiären Bindungen. Sie müssen früher selbständig werden, sie trauen sich in Punkto Berufsabschluss weniger zu und haben es schwerer eine Wohnung zu finden.

Diese Care Leaver berichten zudem, dass mit dem Verlassen der Pflegefamilie oder Wohngruppe die gewohnten Ansprechpersonen aus der Jugendhilfe wegfallen. Eltern stehen als Unterstützer:innen und Ratgeber:innen meist nicht zur Verfügung.

Dieser herausfordernden Situation wollen wir daher gerecht werden: Wir stoßen einen Prozess an, mit dem die Unterstützungsangebote für Care Leaver weiter verbessert werden sollen. Dazu sollen eine Fachtagung und eine darauf aufbauende Arbeitsgruppe konkrete Maßnahmen erarbeiten. Junge Menschen, die die stationäre Jugendhilfe verlassen, sind bereits mit großen Hürden ins Leben gestartet. Wir wollen diese Hürden abbauen.“

„Museum zum Anfassen“: Neue Führungsformate für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Für Menschen mit Lernschwierigkeiten sowie deren Freundinnen und Freunde vermittelt der Museumsdienst Hamburg ab sofort neue inklusive Führungen in neun Hamburger Museen, Ausstellungshäusern und Gedenkstätten. Unter dem Motto „Museum zum Anfassen“ führen speziell geschulte Vermittlerinnen und Vermittler kleine Gruppen von kognitiv beeinträchtigten Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen in einfacher Sprache und mit Materialkoffern durch die teilnehmenden Häuser. Zum Buchungsstart der neuen Formate werden einige Führungen mit besonderen Ermäßigungen angeboten.

Dr. Carsten Brosda, unser Senator für Kultur und Medien: „Wissen möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen und Teilhabe zu schaffen sind entscheidende Themen unserer vielfältigen Gesellschaft. Engagierte Projekte wie das ‚Museum zum Anfassen‘ leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Das Projekt macht Ausstellungen mit kreativen Angeboten, Führungen und Zugängen erlebbar und spricht vor allem Menschen an, denen diese Inhalte bisher aus unterschiedlichen Gründen verwehrt blieben. Für die Kulturstadt Hamburg ist das eine hervorragende Initiative, die die Tore der teilnehmenden Museen, Ausstellungshäuser und Gedenkstätten für die gesamte Stadtgesellschaft öffnet.“

Bettina Kiehn, kaufmännische Direktorin der Stiftung Historische Museen Hamburg: „Wir möchten alle Menschen in unseren Häusern willkommen heißen. Der Stiftung Historische Museen Hamburg ist es ein wichtiges Anliegen, die vielseitigen Sammlungen und Ausstellungen in der Hansestadt jeder interessierten Person zugänglich zu machen. Die neuen Vermittlungsangebote ermöglichen noch mehr kulturelle Teilhabe für Menschen mit Behinderungen.“

Katja Krupke, Geschäftsführerin der Hildegard und Horst Röder-Stiftung: „Genau solche Projekte sind es, die uns vor drei Jahren motiviert haben, ‚Kultur für alle!‘, den Fonds für inklusive Kulturprojekte, zusammen mit der Stiftung Kulturglück und der Behörde für Kultur und Medien zu gründen. Wir wollten helfen, die Teilhabe aller an der Hamburger Kultur Stück für Stück voranzubringen. Es macht uns glücklich und auch stolz, dass uns das gelungen ist. Die Reihe „Museum zum Anfassen“ ist ein beeindruckender Beweis.“

Nicola Versti, Vorständin der Stiftung Kulturglück: „Es ist für uns einfach beglückend zu sehen, wie sich unsere Gründungsidee, ‚Menschen mit Unterstützungsbedarf den Zugang zu Kultur zu ermöglichen‘, in den letzten zehn Jahren weiterentwickelt hat. Gerade in diesem Projekt zeigt sich, dass ein Format kontinuierlich verbessert und ständig an die Bedarfe angepasst wird. Wir freuen uns sehr, hier im Schulterschluss mit der Behörde für Kultur und Medien und der Hildegard und Horst Röder-Stiftung nachhaltig unterstützen zu können.“

Der Museumsdienst Hamburg entwickelte im Schulterschluss mit neun Hamburger Museen die Reihe „Museum zum Anfassen“ eigens für und mit Menschen mit Lernschwierigkeiten, z. B. Personen mit Down-Syndrom oder aus dem autistischen Spektrum. In 20 verschiedenen Führungen quer durch Hamburg kann man neue inklusive Zugänge zu den Sammlungen und Ausstellungen erleben: im Altonaer Museum und Archäologischen Museum Hamburg/Stadtmuseum Harburg, in den Deichtorhallen Hamburg, im Deutschen Hafenumuseum – Standort Schuppen 50A, in der Hamburger Kunsthalle und KZ-Gedenkstätte Neuengamme, im Internationalen Maritimen Museum Hamburg sowie im Museum der Natur – Zoologie und in der Sammlung Falckenberg.

Die bisherigen Führungsangebote aus der Reihe „Museum zum Anfassen“ für blinde und sehbehinderte Menschen werden weiterhin angeboten: Interessierte können aus 14 verschiedenen Führungen für mehrere Sinne auswählen.

Ausprobieren, diskutieren, anfassen, spielerisch lernen

Zu jeder der neuen Führungen aus der Reihe „Museum zum Anfassen“ gehört ein Materialkoffer mit Objekten zum Erasten, Riechen und Hören, passend zum sinnlichen Erfahren der unterschiedlichen Sammlungen. Heu, Leder, Duftaromen und Gewürze lassen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Altonaer Museum und im Internationalen Maritimen Museum sowohl durch den Tastsinn als auch durch Gerüche in vergangene Zeiten eintauchen. Mit Audiospuren von Tierstimmen sowie Präparaten und Schädelabgüssen erfassen Interessierte naturkundliche Fragen im Museum der Natur – Zoologie oder künstlerische Darstellungen von Tieren in der Hamburger Kunsthalle. Repliken von Harpunen und Steinzeitfeuerzeugen verdeutlichen im Archäologischen Museum das harte Leben in Hamburg früher. In den Deichtorhallen und in der Sammlung Falckenberg schlüpfen die Teilnehmenden spielerisch in herrschaftliche Rollen, um über Politik und Machtfragen zu diskutieren. An Bord der PEKING im Deutschen Hafendomuseum kann man selbst mit anpacken und erfahren, wie hart früher körperlich auf See und im Hafen gearbeitet wurde.

Bei den neuen Führungsformaten sorgen bei Werkdetails optisch rahmende Fokushilfen und Verständniskarten für Zugang zu komplexen Exponaten: Mit Objektpuzzles, Bewegungs- und Suchspielen nähern sich die Teilnehmenden in den Ausstellungen Themen wie Naturschutz, Schifffahrt, Liebe, Freundschaft und Identität, Zeit und Vergänglichkeit, Nationalsozialismus, Globalisierung und Geld. Die Verwendung von einfacher Sprache senkt Verständnisbarrieren und schafft trotzdem Zugänge zu komplexen Fragen.

Alle Angebote in der Reihe „Museum zum Anfassen“ wurden von speziell geschulten Kulturvermittlerinnen und -vermittlern konzipiert. Die Formate wurden partizipativ mit Expertinnen und Experten mit Behinderungen aus dem Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg BSVH e. V., der Campus Uhlenhorst gGmbH und der Evangelischen Stiftung Alsterdorf entwickelt.

Besondere Angebote zum Buchungsstart

Um finanzielle Barrieren beim Museumsbesuch für Interessierte mit Behinderungen zu senken, wird eine begrenzte Zahl von Führungen bis 31. Dezember 2024 von der Behörde für Kultur und Medien, der Hildegard und Horst Röder-Stiftung und der Stiftung Kulturglück gefördert. Die Führungsentgelte für „Museum zum Anfassen“ sind für Erwachsenengruppen und Schulklassen stark ermäßigt:

Erwachsenengruppen: 90 Min. 42,60 Euro/180 Min. 46,50 Euro

Kinder-/Jugendgruppen: 90 Min. 37,60 Euro/180 Min. 33,00 Euro

Für die Teilnehmenden an den Führungen ist der Eintritt in die betreffenden Museen frei.

Interessierte können ihre Führung zum Wunschtermin ab sofort unter <https://museumsdienst-hamburg.de/> beim Museumsdienst Hamburg anfragen.

Führungen für alle zu festen Terminen

Für Familien und andere Einzelpersonen mit Lernschwierigkeiten bieten einige Museen auch öffentliche Führungen „Museum zum Anfassen“ zu festen Terminen an:

10. Oktober 2024: Altonaer Museum für Menschen mit Lernschwierigkeiten

12. Oktober 2024: Deichtorhallen Hamburg/Halle für aktuelle Kunst für Menschen mit Lernschwierigkeiten

31. Oktober 2024: KZ-Gedenkstätte Neuengamme für Menschen mit Lernschwierigkeiten

14. November 2024: Altonaer Museum für blinde und sehbehinderte Menschen

12. Dezember 2024: Altonaer Museum für Menschen mit Lernschwierigkeiten

14. Dezember 2024: Sammlung Falckenberg für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Weitere Informationen zu inklusiven öffentlichen Führungen finden Sie unter <https://shorturl.at/Y6jxM>.

Alle Informationen zur Initiative „Museum zum Anfassen“ finden Sie unter <https://museumsdienst-hamburg.de/barrierefreie-angebote/mit-lernschwierigkeiten-ins-museum/>.

Mehr Geld für Betreuerinnen und Betreuer, Vormünder und im Familienrecht tätige Pflegerinnen und Pfleger

Bundesministerium der Justiz veröffentlicht Gesetzentwurf

Mehrere Berufsgruppen sollen künftig eine höhere Vergütung erhalten: berufliche Betreuerinnen und Betreuer, berufsmäßige

Vormünder sowie Ergänzungs-, Nachlass-, Umgangs- und Verfahrenspflegerinnen und -pfleger.

Zugleich soll die Vergütung von beruflichen Betreuerinnen und Betreuern grundsätzlich neu gestaltet werden: Das System der Fallpauschalen soll vereinfacht werden. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den das Bundesministerium der Justiz heute veröffentlicht hat: der Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern. Auch ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer sowie ehrenamtliche Vormünder sollen von ihm profitieren. Ihre Aufwandspauschalen sollen angehoben werden.

Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann erklärt aus diesem Anlass:

„Zu kompliziert, zu bürokratisch, zu niedrig: Die Vergütung von beruflichen Betreuerinnen und Betreuern sowie Vormündern ist nicht mehr zeitgemäß. Viele Menschen in unserem Land sind auf eine rechtliche Betreuung angewiesen. Durch Alter, Krankheit oder Behinderung können sich viele Menschen nicht um ihre eigenen rechtlichen Angelegenheiten kümmern. Auch Vormünder leisten wichtige Arbeit: Gefragt sind sie dann, wenn Eltern nicht für ihr Kind sorgen und es nicht vertreten können. Wir wollen, dass diese Arbeit angemessen und möglichst unkompliziert vergütet wird. Dazu reformieren wir jetzt die Vormünder- und Betreuervergütung. Dabei haben wir auch die ehrenamtlichen Betreuer und Vormünder im Blick. Weniger Bürokratie - dafür angemessene Bezahlung und Aufwandsentschädigung: Das bleibt unser Ziel.“

Der Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern sieht im Einzelnen folgende Inhalte vor:

Erhöhung der Vergütung für berufliche Betreuerinnen und Betreuer

Die Vergütung der beruflichen Betreuerinnen und Betreuer wird um durchschnittlich 12,7 Prozent erhöht. Dieser Erhöhungsrahmen orientiert sich an den bei den Betreuungsvereinen zur Refinanzierung einer tarifgebundenen Vollzeit-Vereinsbetreuerstelle anfallenden Kosten im Vergleich zur aktuellen durchschnittlichen Vergütung.

Zum Ausgleich des seit 2022 aufgrund der Inflation gestiegenen allgemeinen Preisniveaus wurde zum 1. Januar 2024 eine monatliche Inflationsausgleichs-Sonderzahlung für berufliche Betreuer, Betreuungsvereine und ehrenamtliche Betreuer als vorübergehende Zwischenlösung eingeführt, die jedoch zum 31. Dezember 2025 ausläuft. Damit die Vergütung für die berufliche Betreuung über diesen Zeitpunkt hinaus zukunftsfähig bleibt, ist eine dauerhafte Erhöhung der Vergütung für berufliche Betreuerinnen und Betreuer notwendig.

Vereinfachung des Fallpauschalensystems

Künftig wird es nur noch acht Fallpauschalen statt 60 einzelner Vergütungstatbestände geben. Dabei wird zwischen einer Grund- und einer Qualifikationsstufe unterschieden. Für die Unterscheidung der Höhe der Fallpauschalen nach der Dauer der Betreuung sind nur noch zwei

vergütungsrelevante Zeiträume – bis zu einem oder länger als ein Jahr – vorgesehen. Die bisherige Differenzierung nach dem Aufenthaltsort der betreuten Person wird vollständig aufgegeben. Durch diese Vereinfachung wird ein System geschaffen, das Verdienstmöglichkeiten und Kosten für alle Beteiligten – Betreuerinnen und Betreuer, betreute Personen und die Länder als Kostenträger – auf einen Blick transparent macht.

Dauervergütungsfestsetzung als neue Regelform

Die durch die Betreuungsrechtsreform im Jahr 2023 als Option eingeführte Dauervergütungsfestsetzung wird nunmehr als Regelform vorgesehen. Damit soll eine Verschlankung des Verfahrens zur Festsetzung der Betreuervergütung erzielt werden. So werden Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ebenso wie Betreuerinnen und Betreuer zukünftig von unnötigem bürokratischem Aufwand entlastet. Zur Schaffung der notwendigen technischen Voraussetzungen ist eine Übergangsfrist von zweieinhalb Jahren nach Inkrafttreten der Vergütungsreform vorgesehen.

Erhöhung der Vergütung für berufsmäßige Vormünder und Pfleger

Auch die Vergütung für berufsmäßige Vormünder, Verfahrenspfleger, Umgangs-, Ergänzungs- und Nachlasspfleger wird der allgemeinen Kosten- und Einkommensentwicklung angepasst. Die Vergütungssätze werden ebenfalls um durchschnittlich 12,7 Prozent erhöht. Dabei wird das bisherige Vergütungssystem grundsätzlich beibehalten. Durch Neueinführung einer Sondervergütung für Tätigkeiten außerhalb der Geschäftszeiten für Umgangs- und Verfahrenspfleger sowie einer Ausfallentschädigung für kurzfristige Absagen bei Umgangsterminen sollen Anreize zur Übernahme dieser Pflugschaften geschaffen und dem in der Praxis bestehenden Mangel an zur Verfügung stehenden Pflegern entgegengewirkt werden.

Erhöhung der Aufwandspauschale für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer und ehrenamtliche Vormünder

Durch die Inflation seit 2022 ist das allgemeine Preisniveau stark angestiegen. Das hat, insbesondere im Hinblick auf Fahrtkosten, auch Auswirkungen auf die Tätigkeit von ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern und Vormündern. Deshalb soll die jährliche Aufwandsschale nach § 1878 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) von aktuell 425 Euro auf 450 Euro ab 1. Januar 2026 erhöht werden.

Bürokratieabbau durch vereinfachte Schlussabwicklung bei Beendigung einer Betreuung

Die Schlussabwicklung bei Beendigung einer Betreuung soll einfacher und unbürokratischer ausgestaltet werden. So soll auf das Instrument der Schlussrechnungslegung weitgehend verzichtet werden. Die Verpflichtung soll lediglich in den Fällen einer fortdauernden Betreuung und der Amtsbeendigung durch Betreuerwechsel erhalten bleiben. In den übrigen Fällen soll sie durch eine Pflicht zur Einreichung einer Vermögensübersicht ersetzt werden. Ferner soll auch die Pflicht zur Schlussberichterstattung neu geregelt werden: Sie soll auf den Fall der Beendigung des Betreueramtes durch Betreuerwechsel begrenzt werden und gleichzeitig hinsichtlich der Mitteilungspflichten konkretisiert werden.

Der Referentenentwurf wurde heute an die Länder und Verbände versendet und auf der Internetseite des BMJ veröffentlicht. Die interessierten Kreise haben nun Gelegenheit, bis zum 25. Oktober 2024

Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen werden auf der Internetseite des BMJ veröffentlicht.

Den Referentenentwurf finden Sie [hier](#).

Hamburg auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Ein Seminar in der Mut Academy

In der Mut Academy Hamburg fand am 12. September ein spannendes Seminar von Arbeit&Leben zu dem Thema: „Wege zu einer inklusiven Stadt“ im Rahmen des Bildungsurlaubs statt. Geleitet und moderiert wurde die Veranstaltung von Wolfgang Rose, der die Teilnehmenden durch den Tag führte.

Zu Beginn des Seminars hatte ich die Gelegenheit, mich und meine Arbeit vorzustellen und zu erläutern, wo meine politischen Schwerpunkte wie u.a. der Einsatz für die Inklusion in Hamburg, sind. Im Fokus steht der Landesaktionsplan, dessen Ziel es ist, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu verbessern und der in diesem Jahr zum dritten Mal evaluiert wurde.

Die Teilnehmenden stellten Fragen zu gesellschaftspolitischen Themen. Sie fragten außerdem nach Konzepten und Maßnahmen, um die Stadt Hamburg inklusiver zu gestalten und berichteten von Herausforderungen, die noch überwunden werden müssen. Diese Fragen führten zu einem intensiven Austausch über die aktuellen politischen Rahmenbedingungen und die Wege, Hamburg zu einer inklusiveren Stadt zu entwickeln.

Senatorin Bekeris: „Der Abbau von Bildungsbenachteiligung

ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe“

Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger: Hamburg zeigt: Das Startchancen-Programm birgt enormes Potenzial

Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger besuchte am 6. September gemeinsam mit unserer Schulsenatorin **Ksenija Bekeris** das **Helmut-Schmidt-Gymnasium** und die **Elbinselschule (Grundschule)** in **Wilhelmsburg**. Anlass ist das **Startchancen-Programm**, das gerade letzte Woche in Hamburg sowie überall in der Republik begonnen hat.

Die beiden **Wilhelmsburger Schulen** sind zwei von insgesamt **90 Schulen** in Hamburg, die an dem bislang größten Programm für mehr Bildungsgerechtigkeit und für die Verringerung der sozialen Spaltung teilnehmen. Die **Hamburger Schulen** profitieren über zehn Jahre von jährlich **21,5 Mio. Euro** zusätzlicher Bundesgelder sowie von Landesmitteln in gleicher Höhe. Gefördert werden über das Programm rund **42.000 Hamburger Schülerinnen und Schüler**.

Der gemeinsame Besuch von Stark-Watzinger und Bekeris an zwei Hamburger Startchancen-Schulen unmittelbar nach Programmstart soll einen Eindruck von den Herausforderungen vor Ort und der Umsetzung der Programmziele geben. Wilhelmsburg ist deutschlandweit der einzige Stadtteil, in dem alle allgemeinen Schulen Teil des Startchancen-Programms sind: Insgesamt zehn Schulen, davon fünf Grundschulen, vier Stadtteilschulen und ein Gymnasium.

Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger sagte bei ihrem Besuch in Hamburg: „Noch immer hängt der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft ab. Das können wir nicht länger hinnehmen. Mit dem Startchancen-Programm wollen wir das Aufstiegsversprechen erneuern und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Ich konnte mich heute in Hamburg überzeugen: Das Startchancen-Programm birgt enormes Potenzial. Alle Verantwortungsträgerinnen und -träger in der Bildung sind gefragt daran mitzuwirken, dass es ein Erfolg wird.“

Kultur des genauen Hinschauens, das Sich-immer-wieder-Vergewissern und des langen Atems nötig

Die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, auf die das Programm abzielt, liegt auch **unserer Schulsenatorin Ksenija Bekeris** besonders am Herzen: „Der Abbau von Bildungsbenachteiligung ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, zu der Schulen einen großen Beitrag leisten können. Hamburg geht seit vielen Jahren einen konsequenten Weg der datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung: Die Kultur des genauen Hinschauens, das Sich-immer-wieder-Vergewissern, was schon

erreicht wurde und was noch aussteht, ist allen Akteuren im System inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden. Das braucht einen langen Atem und eine hohe Bereitschaft zur Öffnung. Wir erhoffen uns vom Startchancen-Programm, dass diese Haltung zunehmend auch in anderen Bundesländern zur Selbstverständlichkeit wird und dass dafür die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. In Hamburg ist dieser Weg belohnt worden - wir sehen zunehmend bessere Leistungsergebnisse der Schülerinnen und Schüler in nationalen Vergleichsstudien. Darüber hinaus bietet das Programm einen hervorragenden Rahmen, damit die Verantwortlichen im System sich noch besser abstimmen und miteinander vernetzen können, um so in geteilter Haltung und mit gemeinsamen Zielen die Schulen voranzubringen. Alle Kräfte zu bündeln, um Kinder und Jugendliche mit besonderer Benachteiligung bestmöglich zu unterstützen und so einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu leisten - das ist die großartige Chance des Startchancen-Programms.

Wilhelmsburg ist „Insel der Startchancen“ - alle Schulen nehmen teil

Senatorin Bekeris weiter: „Ich freue mich, dass alle allgemeinen Wilhelmsburger Schulen mit rund 2.900 Schülerinnen und Schülern Teil des Programms sein werden, Wilhelmsburg ist damit die ‚Insel der Startchancen‘. Ich bin gespannt darauf, was in den nächsten Jahren für und mit den Schülerinnen und Schülern erreicht werden kann.“

Volker Clasing, Schulleiter Helmut-Schmidt-Gymnasium: „Kinder sind großartig, egal welche Zuschreibung sie erfahren. Um ihr Potenzial entfalten zu können, brauchen wir multiprofessionelle Teams, Freiräume für kooperative Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie eine räumliche Ausstattung, die der Heterogenität der Lernausgangslagen Rechnung trägt. Am HSG haben wir vom Hamburger Programm 23+ Starke Schulen enorm profitiert, nun gilt es Ansätze im Startchancenprogramm zu verstetigen und auszubauen!“

Stephan Giese, Schulleiter Elbinselschule: „Die Hamburger Schulen in herausfordernden Lagen haben in den vergangenen 10 Jahren Rückenwind durch das Programm 23+ erhalten. Diese Ressourcen konnten die selbstverantworteten Schulen sinnvoll und erfolgreich für ihre Schülerinnen und Schüler und für mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzen. Wir haben uns vernetzt, voneinander gelernt und konnten gemeinsam wichtige Schritte gehen. Wir freuen uns sehr über die neuen Möglichkeiten, die das Startchancen-Programm auch den Hamburger Schulen eröffnet und hoffen damit nicht nur an die Ergebnisse aus 23+ anknüpfen zu können, sondern deutliche Schritte darüber hinaus zu machen.“

Hamburg ist durch seine jahrelangen Erfahrungen mit Programmen, die mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen - wie etwa das Programm ‚23+ Starke Schulen‘, besonders gut aufgestellt. Die Hansestadt hat bereits die nötigen Strukturen, die eine Umsetzung des Startchancenprogramms begünstigen und damit leichter machen als in anderen Bundesländern. Das besondere Potenzial des Startchancen-Programms liegt dabei für Hamburg in einem systemischen Ansatz. Dieser nimmt sowohl die individuelle Ebene der Schülerinnen und Schüler als auch die institutionelle Ebene der Schulen sowie die systemische Ebene des

Unterstützungssystem in den Blick und kann so das Zusammenspiel des gesamten Bildungssystems nachhaltig stärken.

Bundesregierung und Länder haben mit dem Startchancen-Programm das bislang größte Programm für mehr Bildungsgerechtigkeit und für die Verringerung der sozialen Spaltung zum neuen Schuljahr gestartet. 90 Hamburger Schulen mit rund 42.000 Schülerinnen und Schülern werden davon profitieren. Hamburg wird in den nächsten zehn Jahren 215 Millionen Euro für das Programm erhalten. Die Hälfte der Mittel steuert dabei das jeweilige Bundesland selbst bei, die andere Hälfte kommt vom Bund. Die ersten Ressourcen der jährlichen 21,5 Millionen für Hamburg sind bereits bei den Schulen angekommen.

Ausschlaggebend für die Entwicklung des Startchancen-Programms waren unter anderem die Ergebnisse der IQB-Bildungstrends des letzten Jahrzehnts. Sie zeigen auf, wo Hamburgs Schülerinnen und Schüler im Ländervergleich in zentralen Kompetenzbereichen wie Lesen, Textverstehen, Rechtschreibung und Mathematik stehen. Die Ergebnisse belegen, dass das Hamburger Schulsystem zwar auf einem guten Weg ist, Hamburgs Schülerinnen und Schüler ihre Leistungen im Vergleich aller 16 Länder über alle Fächer hinweg von durchschnittlich Platz 14 auf den heutigen Platz 6 verbessert haben. Eine Vielzahl von unterschiedlichsten Maßnahmen der Hamburger Schulpolitik haben diese positive Entwicklung ermöglicht. Gleichzeitig aber besteht großer Handlungsbedarf bei Schülerinnen und Schülern, die nicht die Regelstandards erreichen.

Das gerade begonnene Schuljahr 2024/25 dient als Starterjahr für das zehnjährige Programm. Die Zeit soll dazu genutzt werden, zusammen mit den ausgewählten Schulen und den beteiligten Akteuren des Unterstützungssystems ein Zielverständnis zu entwickeln und – auf dieser Grundlage – die Maßnahmen in den einzelnen Programmsäulen gemeinsam zu konkretisieren. Das Programm 23+ Starke Schulen wird zum Schuljahr 2025/26 vollumfänglich in das Startchancen-Programm aufgehen.

Startchancen-Programm, teilnehmende Schulen in **Wilhelmsburg** ab Schuljahr 2024/25

Elbinselschule (Grundschule)
Ganztagsschule Fährstraße (Grundschule)
Grundschule Kirchdorf (Grundschule)
Helmut-Schmidt-Gymnasium
Katholische Bonifatiuschule (Stadtteilschule)
Nelson-Mandela-Schule im Stadtteil Kirchdorf (Stadtteilschule)
Schule An der Burgweide (Grundschule)
Schule Rotenhäuser Damm (Grundschule)
Schule Stübenhofer Weg (Stadtteilschule)
Stadtteilschule Wilhelmsburg (Stadtteilschule)

Weiterführende Links

Helmut Schmidt-Gymnasium Wilhelmsburg:
<https://helmutschmidtgymnasium.de/>

Elbinselschule (Grundschule in Wilhelmsburg):
<https://elbinselschule.hamburg.de/>

Weitergehende Informationen zum Startchancen-Programm

Startchancen-Programm (Bund):

<https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/startchancen/startchancen-programm.html>

Startchancen Hamburg: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/schulbehoerde/themen/startchancen> (inkl. Schulliste und FAQs)

Besuch bei Kids Hamburg e.V.



Am 14. September war ich auf dem Fest zum 25jährigen Jubiläum von KIDS Hamburg e.V. Der Verein setzt sich für die Integration für Menschen mit Down-Syndrom in unserer Gesellschaft ein.

Sie unterstützen die Entwicklung inklusiver gesellschaftlicher Strukturen und setzen sich für einen uneingeschränkten Zugang in allen Lebensbereichen sowie eine ungehinderte Teilhabe für alle Menschen ein. Gefördert wird der aktive Austausch von Betroffenen zur gegenseitigen Hilfe.

Auf dem Jubiläumfest am Kompetenz- und Infozentrum Down-Syndrom wurde ausgelassen gefeiert. Ich war gerne dabei. Am Rande der Feierlichkeiten hatte ich einen interessanten und informativen Austausch mit dem Vorstand Frau und Herrn Fischer und der Geschäftsführerin Frau Radke. Ich freue mich auf einen weiteren Austausch in zwei Wochen bei der Jubiläumsfeier vom Campus Uhlenhorst.

93 Millionen Euro zusätzlich für Hamburger Kitas

Sozialbehörde und Kita-Verbände erzielen Einigung

Nach langen und intensiven Verhandlungen haben sich die Sozialbehörde und die Kita-Verbände auf die Entgeltsteigerungen für 2024 geeinigt. Aufgenommen werden hierbei erstmals unterschiedliche Fortschreibungsraten, die die unterschiedliche Personalkostenstruktur, insbesondere der tarifgebundenen Träger, berücksichtigt. Darüber hinaus wurden die Therapiekostensätze für die Leistungen für Kinder mit Behinderungen angepasst. Weiterhin wurde verabredet zeitnah Gespräche über eine dauerhafte Umstellung des Entgeltsystems zu führen um Kostensteigerungen für die Kita-Träger zukünftig schneller abbilden zu können.

Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer: „Ich freue mich sehr, dass in den Verhandlungen für 2024 ein einvernehmliches und gutes Ergebnis erzielt wurde. Die nun vereinbarten zusätzlichen 93 Millionen Euro sind ein weiterer wichtiger Schritt zur Sicherung der hohen Qualität in der Kindertagesbetreuung in Hamburg. Die angedachte Umstellung des Entgeltsystems im Rahmen des Kita-Gutscheins bereits für 2025 ist der richtige Weg. So können Kita-Träger künftig deutlich schneller auf Kostensteigerungen reagieren.“

Alle Träger erhalten eine einheitliche Entgeltsteigerung von 3,48 Prozent. Zusätzlich erhalten die Träger zwischen 3,07 und 4,25 Prozent, die die unterschiedlichen, in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Personalkosten berücksichtigen. Insgesamt werden damit Zusatzvereinbarungen mit einem Volumen von rund 30 Mio. Euro getroffen. Aus Sicht der Sozialbehörde sind damit die verschiedenen in den Kitas geltenden Tarife zu finanzieren.

Darüber hinaus ist der Therapiekostensatz für die Leistungen für Kinder mit Behinderungen auf rund 4.300 Euro deutlich erhöht worden. Auch hier wird die Kostenentwicklung der Vorjahre nachgezogen. Damit ist eine verlässliche und hochwertige Betreuung der Kinder gewährleistet. Für diese Anpassung des Kostensatzes stellt die Stadt weitere etwa 20 Millionen Euro zur Verfügung.

Außerdem werden die Hamburger Kitas mit der regulären einheitlichen Fortschreibungsrate und den Gebäudekosten-Fortschreibungsraten für 2024 zusätzlich rund 43 Mio. Euro erhalten. Insgesamt werden somit für 2024 rund 93 Mio. Euro zusätzlich für die Hamburger Kitas bereitgestellt. Mit diesen Erhöhungen der Kita-Entgelte für 2024 wird die wirtschaftliche Grundlage der unverzichtbaren Kita-Infrastruktur in Hamburg zuverlässig gesichert.

Zudem haben sich die Sozialbehörde und die Kita-Verbände darauf verständigt, auf Basis der jetzt verhandelten Ergebnisse noch in diesem Herbst die Gespräche über die Entwicklung eines prospektiven Entgeltsystems aufzunehmen, das an die jeweiligen Tarifsteigerungen anknüpft. Ziel ist es, dass ab dem Jahr 2025 bereits zu Jahresbeginn Steigerungsraten vereinbart werden, die eine Refinanzierung der Personalkosten sicherstellen. Langwierige und nachlaufende Verhandlungen wie in den letzten beiden Jahren und die damit einhergehende Unsicherheit bei den Kita-Trägern wären damit beendet.

Hamburg erfüllt den Rechtsanspruch auf einen fünfstündigen Kitaplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr bereits seit August 2012. Rund 50 Prozent der Hamburger Kinder unter drei Jahren werden in der Krippe betreut, rund 99 Prozent der Kinder ab drei Jahren im Elementarbereich. Damit ist die Freie und Hansestadt Spitzenreiter im Vergleich der westdeutschen Bundesländer. Derzeit gibt es in Hamburg rund 1.200 Kitas, in denen mehr als 79.800 Kinder betreut werden. Dafür gibt Hamburg jährlich mehr als 1,2 Milliarden Euro insgesamt für Kindertagesbetreuung aus.

20. September - Weltkindertag: Kindersprechstunde im HdJ Steilshoop

Zum heutigen Weltkindertag habe ich im Haus der Jugend Steilshoop eine Kindersprechstunde angeboten, die sehr gut angenommen wurde. Die Kinder und Jugendlichen der Klassen 5 und 12 der Stadtteilschule am See

waren sehr engagiert dabei. Mit ihren interessanten Fragen hat sich ein guter Austausch ergeben und es hat allen Beteiligten viel Freude bereitet.



Ein großer Dank für die Organisation geht an Simone Bock, die Leiterin vom HdJ Steilshoop und Lehrkräfte der Stadtteilschule.

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [**hier**](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997



